

Pressemitteilung

10.10.2017

BPI: Regierung muss Forschungsförderung festschreiben

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) erwartet von der neuen Bundesregierung, die zugesagte steuerliche Forschungsförderung gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode umzusetzen. Im Schulterschluss mit Wissenschaftsorganisationen und weiteren Wirtschaftsverbänden hat der BPI einen entsprechenden Appell an die Politik gerichtet.

„Die Förderung gibt den Unternehmen Planungssicherheit und führt zu neuen Produkten, Umsätzen, Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen am Standort. Eine echte Win-Win-Situation also“, so Dr. Martin Zentgraf, BPI-Vorstandsvorsitzender. Die meisten europäischen Nachbarländer haben längst erkannt, dass steuerliche F&E-Förderung eine Investition in die Zukunft ist. Zudem braucht es einen zusätzlichen wirksamen Hebel, um das nun anvisierte Ziel, bis zum Jahr 2025 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung (F&E) zu investieren, zu erreichen. Zentgraf fordert daher, die steuerliche F&E-Förderung im Koalitionsvertrag zu vereinbaren und unverzüglich umzusetzen.

Der BPI-Vorsitzende betont darüber hinaus, dass der Standort dringend branchenspezifische Förderprogramme benötige, die auf die besonderen Anforderungen der standortorientierten Pharmafirmen abgestimmt sind. „Wer etwa an der Entwicklung von Arzneimitteln auf Basis bewährter Wirkstoffe arbeitet, braucht Erleichterungen, um sowohl das wirtschaftliche als auch das Versorgungspotenzial bewährter Wirkstoffe für Patienten und Gesundheitssystem zu erschließen“, so Zentgraf. Viele F&E-Projekte sind aufgrund aufwändiger Zulassungsregularien und Erstattungshürden nicht bis zur Marktreife realisierbar. Hier ist nach Ansicht des BPI eine bessere Abstimmung der einzelnen Instrumente nötig, damit am Ende Patienten von Therapieverbesserungen profitieren können.

Anlässlich der beginnenden Regierungsbildung haben sich erstmals führende Wissenschaftsorganisationen und Wirtschaftsverbände auf gemeinsame Empfehlungen für eine wirksame Innovationspolitik verständigt. Im Dokument wird auch empfohlen, mögliche Auswirkungen, die geplante Gesetzesvorhaben auf den Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland haben können, zu berücksichtigen.

Den Link zum unterzeichneten Papier finden Sie [hier](#).

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e. V. (BPI) vertritt das breite Spektrum der pharmazeutischen Industrie auf nationaler und internationaler Ebene. Über 250 Unternehmen haben sich im BPI zusammengeschlossen.

Kontakt: Julia Richter (Pressesprecherin), Tel. 030/27909-131, jrichter@bpi.de